

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 41. Ratssitzung vom 13. März 2019

### 999. 2018/317

**Postulat von Urs Helfenstein (SP), Marco Denoth (SP) und 33 Mitunterzeichnenden vom 29.08.2018:**

**Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Urs Helfenstein (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 303/2018): Weil ich der einzige Lehrer in der SP bin, landete das Postulat bei mir. Der Vorstoss kommt von einer Resolution der JungsozialistInnen (JUSO) zuhanden der Jahresdelegiertenversammlung der SP Stadt Zürich am 28. Juni 2018: «Von den am Zürichberg wohnhaften Jugendlichen schafften letztes Jahr rund 42 Prozent den Übertritt an das Gymnasium, in Schwamendingen hingegen waren es nur 8 Prozent. Ebenso gibt es Unterschiede bei den Berufsschulen. Um die Chancengleichheit sicher zu stellen, fordern wir eine einheitliche Vorbereitung für Gymnasien und Berufsschulen an allen Zürcher Schulen». Als ich die Aufnahmeprüfung vor 30 Jahren ablegte, hatten wir nicht denselben Druck wie die Schüler heute. Aus meinem Quartier bestand gerade einmal ein Junge die Prüfung, der dann in die Hohe Promenade eingeteilt wurde. Dort hat man ihn als Kind aus dem Kreis 5 nicht ernst genommen. Diese Zeiten haben sich zum Glück geändert. Auch an den Primarschulen hat sich viel geändert. Früher gab es noch keine Prüfungsvorbereitungsstunden. Wir wissen, was alles einen Einfluss darauf hat, ob ein Kind in eine höhere Schule oder in die Berufsschule kommt; der Bildungsstand der Eltern, die finanzielle Situation und die Nähe einer weiterführenden Schule. Es ist die Aufgabe des städtischen Bildungssystems, diese Einflüsse auszugleichen. Chancengerechtigkeit ist noch lange nicht erreicht. Seit der Einreichung des Postulats erscheinen sehr viele Zeitungsartikel dazu. Das Thema kann nicht alleine städtisch gelöst werden, weil die Kinder, die später ins kantonale Gymnasium kommen, vielleicht auch da Unterstützung bräuchten. Dazu wurde im Kantonsrat eine Motion vom Markus Späth und zwei anderen mit dem Titel «Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Laufbahn. ChaGALL for all.» eingereicht. Gleichzeitig wurde am 25. Februar im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht, damit die in der Stadt angebotenen Kurse im ganzen Kanton angeboten werden können. Die herrschende Praxis im Bereich der Vorbereitung für die Aufnahmeprüfung für Mittelschulen verletzt das Gebot der Chancengleichheit. Es geht um eine flächendeckend gleich hochstehende Vorbereitung für Kinder, die eine höhere Schule besuchen wollen. Es darf nicht vom Zufall abhängig sein, ob man eine Lehrperson hat, die diese Stunden sehr gut vorbereitet. Es gibt riesige qualitative Unterschiede. Die Vorbereitung muss für alle qualitativ und zugänglich sein.*

**Stefan Urech (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. September 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Am Anfang sprach Urs Helfenstein (SP) in seinem Votum noch von Chancengerechtigkeit – später dann von Chancengleichheit. Es gibt aber einen wichtigen Unterschied zwischen der JUSO und einem Politiker wie ihm. Wir alle in diesem Rat wollen Chancengerechtigkeit, während Chancengleichheit ein Traum der JUSO ist. Die JUSO schrieb zwei SP-Gemeinderäten, die dem SP-dominierten Stadtrat ein Postulat überwiesen, damit dieser für Chancengleichheit sorgen soll – in der von der SP überdimensional dominierten Kreisschulpflege. Für solche innerparteilichen Diskussionen könnte man auch kürzere Wege gehen. Da Sie in der Exekutive überall stark vertreten sind, könnten Sie auf dieses Schaulaufen über den Gemeinderat verzichten. Das Postulat vermittelt den Eindruck, dass man eine Chance verpasst, wenn man es nicht ins Gymnasium schafft. Ein hoher Anteil Kinder, die ins Gymnasium gehen, ist Ihrer Meinung nach gut und diese Tendenz müsse unterstützt werden. Das impliziert aber, dass die Sekundarstufe ohne Gymnasium eine verpasste Chance ist. Man merkt, dass hier die JUSO sprechen, die wahrscheinlich vor allem aus Gymnasialschülern bestehen. Es ist aber wichtig, dass wir das Prestige der Sekundarstufe (Sek A) wieder auf nationaler und lokaler Ebene stärken. Es ist falsch, den übertriebenen Sturm auf das Gymnasium staatlich, proaktiv zu fördern. Es wirkt als wollen Sie Schüler proaktiv suchen und vor der Misere der Sekundarschule retten. Das ist ein völlig falscher Ansatz. In einem Artikel des Schweizer Fernsehens (SRF) konnte man gestern lesen, dass heute doppelt so viele Kinder Vorbereitungskurse für das Gymnasium besuchen als noch vor 10 Jahren. Man nimmt bis zu 3000 Franken in die Hand, damit das Kind ins Gymnasium und nicht in die Sekundarschule kommt. Das sollte nicht so sein. Es ist aber keine Lösung, den Sturm aufs Gymnasium staatlich zu fördern. Wir müssen vielmehr die Sekundarschule wieder stärken. In meiner Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule wurde mir klar mitgegeben, dass wir alle Schüler fördern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es in der Stadt einen Schüler gibt, der dem Lehrer sagt, er wolle das Gymnasium machen und dabei nicht genügend gefördert wird. Wenn dem aber so sei, müsste einer Ihrer fünf Kreisschulpflegepräsidenten eingreifen. Es ist unsere Aufgabe, die Schüler auf allen Stufen zu fördern.

Weitere Wortmeldungen:

**Patrik Maillard (AL):** Es widerspricht meiner Ansicht nach dem Anspruch auf Chancengleichheit, wenn gewisse Schülerinnen und Schüler trotz gleicher Leistungen wesentlich bessere Chancen als andere haben, die Aufnahmeprüfung für das Gymnasium oder die Berufsmaturitätsschule (BMS) zu bestehen, nur weil sich ihre Eltern teure private Vorbereitungskurse leisten können. Laut einem Bericht der Bildungskommission des Zürcher Kantonsrats steigt die Erfolgchance für den Eintritt in die Mittelschule um 9 Prozent, wenn private Angebote zur Prüfungsvorbereitung genutzt – respektive erkauft – werden. Die Kosten für solche Kurse belaufen sich schnell auf mehrere tausend Franken. Einkommensschwächere Familien sind davon in der Regel ausgeschlossen oder aber sie müssen sich das Geld vom ohnehin schon knappen Familienbudget absparen, weil sie ihrem Kind selbstverständlich die bestmöglichen Chancen gewähren möchten. Es ist unsozial, dass sich der Zugang zu Mittelschulen bis zu einem gewissen Grad erkaufen lässt. Mit einem adäquaten, niederschweligen und kostenlosen Angebot in den städti-

schen Schulen könnte zumindest diese Ungerechtigkeit in der Bildungslandschaft verringert werden. Es ist klar, dass auch ein verbessertes Angebot zur Prüfungsvorbereitung in der Volksschule alleine das massive herrschende Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Schulkreisen nicht wirklich beheben kann. Am Zürichberg besuchen rund 40 Prozent der Schüler und Schülerinnen die Volksschule und rund 60 Prozent besuchen das Gymnasium oder eine Privatschule. Es ist stossend, dass der Eintritt ins Gymnasium offenbar mindestens teilweise nicht von den Fähigkeiten gewisser Gymnasiumsanhänger- und Anwärterinnen abhängt, sondern von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Wenn wir auf die Chancengleichheit in der Bildung hinwirken wollen und niemand wegen persönlicher oder sozialer Umstände an der Entfaltung seines Potentials gehindert werden soll, gehört meiner Meinung nach ein qualitativ hochwertiges Vorbereitungsangebot für das Gymnasium an städtischen Schulen dazu. Selbstverständlich braucht es dazu zusätzliche Ressourcen und Mittel, damit das Ganze nicht zu einer reinen Alibiübung wird.

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne):** Ich habe jahrelang das Aufnahmeverfahren für das Gymnasium Rämibühl geleitet und war während einigen Jahren verantwortlich für die Mathematikaufnahmeprüfung an die Langzeitgymnasien im Kanton Zürich. Ich fokussiere in meinen Ausführungen auf das Gymnasium – der Übertritt an die Fachmittelschule oder an die Berufsmittelschule ist aber ähnlich. Bereits bei der Anmeldequote ans Gymnasium sind grosse Unterschiede zwischen den Schulkreisen vorhanden. Im Schulkreis Zürichberg gibt es jeweils einige Klassen, in denen sich über 80 Prozent der Schüler anmelden. In einem anderen Schulkreis sind es knapp 20 Prozent der Sechstklässler und Sechstklässlerinnen, die sich für das Langzeitgymnasium interessieren. So grosse Unterschiede sind bedenklich. Die Gymnasiumsprüfung ist in den letzten 25 Jahren anspruchsvoller geworden. Die gestellten Aufgaben in der Mathematik wurden im Aufbau und der Struktur komplexer. Heute braucht es bei einer normalen Aufgabe mehr als zwei Schritte zur Lösung. Es wird in der Aufnahmeprüfung fachlich deutlich mehr verlangt als im regulären Unterricht der Primarschule, bzw. der Sekundarschule unterrichtet wird. Deshalb ist eine sorgfältige Vorbereitung für die Aufnahmeprüfung zwingend notwendig. Dabei spreche ich die Schüler und Schülerinnen an, die gemäss ihrer Begabung an ein Gymnasium gehören. Es ist gut, dass die Volksschule kostenlos solche Kurse anbietet. Leider sind die Kurse aber je nach Schule von unterschiedlicher Qualität. Aufgrund von Rückmeldungen von Jugendlichen und Eltern stelle ich fest, dass die einen Kurse eine gute Prüfungsvorbereitung gewährleisten, andere aber sehr schlecht geführt werden. Zudem beginnen die offiziellen Kurse relativ spät. Kein Wunder, dass in dieser Situation zahlreiche Eltern zusätzlich private Vorbereitungskurse für ihre Kinder buchen. Das nützt in den meisten Fällen tatsächlich. Wer zusätzlich zum Vorbereitungskurs der Volksschule einen guten privaten Kurs besucht, erhöht seine Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. Solche Kurse sind aber teuer. An einem bekannten Zürcher Lerninstitut kostet ein Prüfungsvorbereitungskurs 2600 Franken. Da sich dies nicht alle Eltern leisten können, haben Gymnasiumsanhänger von Eltern mit tiefen sozioökonomischen Status weniger Chancen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. Das lässt sich durch die Aufnahmequote an den einzelnen Gymnasien in der Stadt belegen. An der Kantonsschule Zürich Nord bestehen ungefähr 40 Prozent die Aufnahmeprüfung, während am Gymnasium Rämibühl 60 Prozent die Aufnahmeprüfung bestehen – obwohl

alle die gleiche Prüfung absolvieren. Bei den begabten Kindern aus gewissen sozialen Schichten summieren sich zwei Effekte: Die Anmeldequote ist tiefer und bei den Angemeldeten ist auch die Erfolgsquote tiefer. Daraus ergeben sich die im Postulat genannten enorm grossen Unterschiede zwischen den Schulkreisen in der Übertrittsquote an das Gymnasium. Der richtige Weg zu mehr Chancengerechtigkeit beim Übertritt an die Mittelschulen wird in diesem Postulat genannt; es braucht an der Volksschule intensive, qualitativ hochstehende Prüfungsvorbereitungskurse, die allen Kindern und Jugendlichen gratis zur Verfügung stehen. Aus Sicht der Grünen besteht dringender Handlungsbedarf.

**Isabel Garcia (GLP):** Wir sind der Auffassung, dass einige wichtige Aspekte in diesem Vorstoss genannt werden und eine flächendeckende Unterstützung an der Volksschule ein wichtiges Element für mehr Chancengerechtigkeit ist. Gerade in den sehr wichtigen Phasen einer Bildungsbiografie, in denen durch Selektion von einer Stufe in die nächste gewechselt wird, ist es besonders wichtig, dass man die Kinder und Jugendlichen auf eine positive und wertschätzende Art unterstützt. Man muss ihnen das Gefühl geben, dass sie grundsätzlich die Fähigkeit besitzen, diesen Schritt zu gehen – insbesondere wenn sie das selber wünschen. Die eigenen Kräfte, die in jedem Kind stecken, sollten so gut wie möglich mobilisiert werden. Das geschieht am besten in einer Umgebung, die das Kind schon kennt und selbstverständlich in einer Umgebung, die die Eltern nichts kostet. Die heutigen privaten Kurse führen zu einer grossen Ungleichheit. Man muss erstens wissen, dass es die Kurse überhaupt gibt und man muss sie dann auch noch bezahlen können. Deshalb sind wir froh, dass ein solches Postulat eingereicht wurde. Es ist selbstverständlich, dass man Ressourcen sprechen muss, um den Weg der Chancengerechtigkeit gehen zu können.

**Yasmine Bourgeois (FDP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Chancengleichheit ist ein urliberales Anliegen und wir sind noch ein Stück davon entfernt. Das Postulat greift deshalb ein berechtigtes Anliegen auf. Eine hundertprozentige Chancengleichheit ist aber illusorisch, ohne dabei aus Kindern Staatskinder zu machen. Die FDP hat im Zusammenhang mit der Postulatsforderung einige Bedenken; wir befürchten eine Schwächung des dualen Bildungssystems und eine Elitisierung. Das Vorhaben bezieht sich nur auf die Stadt. Gymnasiumsprüfungen werden aber kantonale einheitlich bewertet. So werden insgesamt noch mehr Kinder ins Gymnasium gedrängt. Vor nicht allzu langer Zeit schrieb Edgar Schuler im Tages-Anzeiger, dass es höchste Zeit sei, den «Gymi-Dünkel» abzulegen. Dabei messe sich die Chancengerechtigkeit in der Bildung und nicht an der Gymnasiumsquote der verschiedenen sozialen Schichten. Unser Bildungssystem biete mit seinen diversen Schultypen – Berufsschule, Berufsmaturität und zahlreichen höheren Schulen für alle Ansprüche – viele unterschiedliche Wege zu soliden Ausbildungen. Wir sollten uns also darauf konzentrieren, unser duales Bildungssystem zu stärken, statt die Kinder um jeden Preis in das Gymnasium zu drängen. Wir befürchten zudem, dass es zu einem weiteren Wettrüsten vor allem bei bildungsnahen Eltern führt. Das würde den Effekt trotz hoher Kosten teilweise neutralisieren. Edgar Schuler schreibt dazu: «Vollkommene Chancengleichheit im Gymi wird dennoch ein Luftschloss bleiben. Der Startvorteil, den ein gut situiertes Elternhaus bietet, ist schwer aufzuholen. Und im Kampf um Mittelschulplätze werden noch mehr behördliche Stützmassnahmen

*nur zu einem Förderungswettrüsten zwischen dem Staat und ehrgeizigen Akademiker-Eltern führen». Es ist der FDP aber wichtig, dass Kinder ohne solche Startchancen gewisse Unterstützung erhalten. Wir sind bereit den Vorstoss zu unterstützen, wenn er klar auf Schulen beschränkt wird, die an eine Kantons- oder Berufsmaturitätsschule hinführen und das Angebot freiwillig ist. Wir schlagen deshalb eine Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie an allen Schulen der Stadt, die an eine Kantons- oder Berufsmaturitätsschule heranführen können, eine qualitativ hochwertige, freiwillige Prüfungsvorbereitung für Kantons- und Berufsmaturitätsschulen proaktiv angeboten werden kann, die heute bestehende ungleiche Chancen beim Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen beseitigt. Falls nötig, sollen die dafür notwendigen Ressourcen und Mittel gesprochen werden».*

**Muammer Kurtulmus (Grüne):** *Es freut mich, dass die Idee ursprünglich von der JUSO stammt. Stefan Urech (SVP) kritisierte, dass die JUSO etwas vorschreibe, was die Gemeinderäte überweisen. Das ist aber richtig so und es ist Sinn und Zweck der Politik, dass sich die Parteiquellen einbringen können. Auch wenn ich in der Realpolitik von Chancengerechtigkeit spreche, sollten wir als Vision die Chancengleichheit nie vergessen. Ich träume davon, dass es die Chancengleichheit irgendwann geben wird, aber ich sehe mittlerweile ein, dass es mit den heutigen Bedingungen leider schlicht unmöglich ist. Wir wissen alle, dass Schulerfolg grundsätzlich von der Familie kommt. Bildungsnaher Eltern können ihren Kindern viel besser helfen. Es gibt in der Stadt viele Familien, die nicht grundsätzlich bildungsfern sind, aber durch ihren Migrationshintergrund die Sprache nicht beherrschen und das System nicht kennen. Da beginnt das Problem bereits. Es wäre Aufgabe der Politik, diese Lücke zu füllen. Deshalb sind qualitativ hochwertige Gymnasiums-vorbereitungskurse sehr wichtig. Mein Sohn ist ein Beispiel dafür, dass die Grundbedingungen nicht in allen Schulhäusern gegeben sind. Wenn man vom Kreis 4 oder 5 kommt, hat man schlechte Startbedingungen. Vor acht Jahren machten wir im Ausländerbeirat der Stadt eine Studie und erhoben die Anzahl Kinder, die die Schulen ins Gymnasium schickten. Das Schulhaus Hohl schickte 2 Prozent der Schüler ins Gymnasium und das Schulhaus Fluntern 54 Prozent der Schüler. Ich denke nicht, dass sich diese Zahl heute gross verändert hat. Dieses Problem kann man nicht mit einem Gymnasiums-vorbereitungskurs lösen. Wir arbeiten mit Tagesschulen und verschiedenen Massnahmen daran, die Ungleichheit etwas zu minimieren. Dieses Postulat geht in die richtige Richtung. Bei den Migranten gibt es verschiedene Gruppierungen. Die Gymnasiumsquote liegt bei den tamilischen Kindern im Vergleich zu ihren Eltern bei 15 Prozent, während es bei den portugiesischen Kindern 3 Prozent sind. Es gibt also auch grosse Unterschiede zwischen Kindern mit Migrationshintergrund. Alleine die Haltung und Einstellung der tamilischen Familien zeigt diesen Erfolg und Unterschied, auch wenn man darüber diskutieren kann, ob tamilische Erziehungsmethoden zeitgemäss sind. Wir müssen uns aber weiterhin Mühe geben und das Postulat unbedingt unterstützen.*

**Marco Denoth (SP):** *Das Postulat liegt mir sehr am Herzen. Ich konnte keinen solchen Vorbereitungskurs besuchen, aber hatte damals in Chur – wo fast niemand in meinem Quartier ins Gymnasium ging – einen Lehrer, der abends stundenlang mit mir zusammensass und die Vorbereitung mit mir durchführte. Ich schaffte den Übertritt und war*

*damit fast der einzige Schüler im Gymnasium aus meinem Quartier. Ich war kein prädestinierter Gymnasiumsschüler, hatte auch von meinen Eltern nicht den finanziellen Support und war deshalb im Vergleich zu meinen Mitschülern, die teure Vorbereitungskurse besucht hatten, stark auf die Hilfe meines Lehrers angewiesen. Ich bin ein grosser Verfechter des dualen Bildungssystems. Es hört aber nicht bei den Gymnasiums Vorbereitungskursen auf, sondern mit dem Berufseinstieg. Menschen, die eine Berufslehre machen, brauchen eine Perspektive, um in ihrem Job Achtung und einen vernünftigen Lohn zu erhalten. Hier haben wir die Gleichberechtigung aber noch nicht erreicht. Ich arbeite als Aufsichtsperson auf dem Bau und sehe, wie die Menschen zu sehr geringen Löhnen arbeiten müssen und schlussendlich mit 55 Jahren wegen ihres kaputten Körpers nicht mehr weiterarbeiten können. Ein Antrag im Gemeinderat, der von fast allen Fraktionen angenommen wird, verleiht dem Vorstoss Gewicht und Legitimation.*

**Res Marti (Grüne):** *Yasmine Bourgeois (FDP) hat absolut recht, dass man die Vorbereitung für die potentiellen Gymnasiasten eigentlich allen Kindern im Kanton anbieten sollte. Dieser Vorstoss wurde vor vier bis fünf Jahren im Kantonsrat aber von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Ich gebe auch Stefan Urech (SVP) recht, dass nicht alles was gleich ist, auch gerecht ist, und umgekehrt alles was gerecht ist auch gleich ist. Ich frage mich aber schon, wie die Chancen im öffentlichen Bildungssystem gerecht sein sollen, wenn sie nicht gleich sind.*

**Martin Götzl (SVP):** *Wenn Schülerinnen und Schüler der Volksschule wollen und können, haben sie alle Chancen und können sehr viel erreichen. Ich arbeite selbst im Bildungsbereich und sehe das Können und das Wollen als zentral. Wenn diese zwei Voraussetzungen gegeben sind, kann ein Jugendlicher seinen gewünschten Weg verfolgen. Der Vorstoss suggeriert, dass nicht alle die gleichen Chancen haben. In der Bildung spricht man von einer langfristigen und einer kurzfristigen Prüfungsvorbereitung. Die wichtigere ist die langfristige Prüfungsvorbereitung. Bevor jemand ins Gymnasium übertritt, besucht er sechs Jahre die Primarschule mit den kantonalen Leistungszielen – alle haben demnach dieselbe Voraussetzung. Der kleinere Teil der Prüfungsvorbereitung ist die kurzfristige Vorbereitung. Dazu zähle ich auch die Hausaufgaben, die Sie schrittweise abbauen wollen. Sie sprechen in Ihrem Postulat von einem ganz kleinen Anteil und möchten die Kinder einige Monate vor der Prüfung kurzfristig gymnasiumsbe-reit machen. Aktuell sind es im Kanton Zürich 20 Prozent, die an die Berufsmaturitätsschule oder das Gymnasium gehen. Unter der Voraussetzung, dass die Kinder das wollen und können, finde ich das eine gute Quote. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) sprach von den Anmeldequoten zur Prüfung, die zwischen den Schulkreisen sehr unterschiedlich sind. Analog gibt es aber in den einen Kantonen sehr viele Top-Skirennfahrer und anderen prozentual keinen einzigen Skirennfahrer. Im Kanton Appenzell gibt es prozentual viele Handwerksberufe, in anderen Kantonen dafür viel weniger. Ihr Vergleich hinkt deshalb ein wenig. Ich gehe davon aus, dass die 20 oder 80 Prozent, die sich anmelden, können und wollen. Man stellte während der letzten acht Jahre fest, dass immer mehr Kinder die Prüfung ablegen wollen. Dementsprechend ist die Prüfung heute schwieriger und es bestanden 2018 die Hälfte die Prüfung nicht. Es zeigt auch, dass die Eltern und die Volksschule es verpassten, dem einen oder anderen Schüler zu zeigen, dass auch ein anderer Weg als das Gymnasium ein guter Weg sein kann. So zeigt Rudolph*

*Strahm, dass Staaten mit hoher Akademisierungsquote heute viele Jugendliche nicht beschäftigen können.*

**Stefan Urech (SVP):** *Wir sind uns in vielen Punkten einig. Natürlich ist es so, dass Jugendliche aus bildungsnahen oder vermögenden Familien eine etwas bessere Ausgangslage haben und Jugendliche aus bildungsfernen Familien mehr für schulischen Erfolg investieren müssen. Das ist aber nicht nur bei der Gymnasiumsaufnahmeprüfung der Fall, sondern auch bei der Selektion zwischen Sek A und B und beim Lösen der Hausaufgaben. Das ist zum Teil ungerecht. Sie meinen, dass Sie mit staatlicher Intervention oder mehr Ressourcen diese Ungerechtigkeit beheben können. Man kommt aber nicht in die Stuben jener Familien, wo dauernd der TV läuft, und kann dort nicht den Stecker ziehen oder die Eltern zwingen, beim Abendessen Deutsch zu sprechen. Muammer Kurtulmus (Grüne) beschrieb, dass die Unterstützung von Zuhause mitgegeben werden muss. Ich verstehe Ihren Wunsch und Ihre Vision, aber die Umsetzung ist nicht möglich. Wenn ein Schüler aber intrinsisch motiviert ist, stehen ihm alle Türen offen und es wird ihm geholfen. Die Chancengleichheit bleibt aber am Ende eine Vision.*

**Urs Helfenstein (SP)** *ist mit der Textänderung einverstanden: Unterprivilegierte Jugendliche haben schlechtere Chancen. Es ist die Aufgabe von uns Politikern und Politikerinnen, ihnen die Chance zu ermöglichen, auf ein höheres Bildungsniveau zu kommen, wenn sie dies wollen. Ich sprach in der Begründung des Postulats nicht nur vom Gymnasium, sondern von beiden Stufen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

**STR Filippo Leutenegger:** *Der Stadtrat ist motiviert, das Postulat entgegenzunehmen und entsprechende Vorschläge zu machen, um die Bildungsmöglichkeit – da wo möglich – herzustellen. Es wurde in der Debatte aber so dargestellt, als wenn Gymnasium und Berufsmaturität die einzigen Königswege im Bildungsbereich wären. Dem ist aber nicht so. In einem System, in dem die Gymnasialzahlen massiv steigen, haben wir ein Problem. In Genf beispielsweise besucht die Hälfte der jungen Menschen ein Gymnasium und die Hälfte dieser fliegt wieder raus. Das führt zu Problemen, weil diese Schüler zwischen Stühle und Bänke fallen. Wenn man ins Gymnasium gebracht wird, heisst das noch nicht, dass man auch drinbleiben und eine akademische Karriere machen kann. Wir müssen Talente fördern. Diese Talente müssen wir vor allem im Sekundarbereich fördern und ich mache mir Sorgen, dass wir die Sekundarschule schwächen statt fördern. Am Zürichberg sind 42 Prozent der Kinder am Gymnasium. Würden wir eine solche Rate in ganz Zürich oder in der ganzen Schweiz anstreben, wäre das duale Bildungssystem im Eimer und die Lehrstellen könnten nicht mehr besetzt werden. Im Kanton Zürich fingen zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler, die ins Gymnasium gehen, im Langzeitgymnasium an. In der Stadt Zürich sind es vier Fünftel. In der Stadt Zürich gibt es einen Drittel mehr Gymnasiasten als im Kanton Zürich. Wenn man Bildungsgerechtigkeit auf eine höhere Stufe stellt, müssten wir die Entwicklung im ganzen Kanton fördern, damit auch der Kanton auf die 27 Prozent statt den heutigen 18 Prozent kommt. Bildungsgerechtigkeit ist ein wichtiges Anliegen und es ist wichtig, dass wir Talente frühzeitig fördern können. Viele Schülerinnen und Schüler, die ins Langzeitgymnasium*

8 / 8

*gehen, wissen manchmal gar nicht, dass es noch andere Berufe gibt. Das ist eine fatale Entwicklung. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Schülerinnen und Schüler frühzeitig mit Lehren bekannt machen können. Wir beginnen damit heute in der zweiten Sekundarstufe – für Langzeitgymnasiasten ist das aber bereits zu spät. Diese wissen gar nicht, dass es diese Berufe gibt oder haben noch nie eine Schnupperlehre gemacht. Jugendliche und Kinder sollen früh eine Schnupperlehre machen können, weil gewisse Talente besser in einer Lehre aufgehoben sind. Auch Menschen mit einer Lehre können sehr erfolgreich sein und auch dieser Weg kann ein Königsweg sein. Er ist sicher besser als der Abbruch eines Studiums. Ich bin absolut überzeugt, dass wir die Bildungsgerechtigkeit besser herstellen müssen – aber nicht zum Preis von 40 Prozent Maturanden in Zürich oder gar in der Schweiz. Die Berufslehren würden nicht mehr funktionieren. Mir ist dieses Anliegen sehr wichtig. Ich bin absolut mit dem Postulat einverstanden, aber ich glaube, wir müssen die Eltern besser informieren, dass es ein duales Bildungssystem gibt. Nur so haben wir am Schluss die guten Schüler und Talente in der Sekundarschule und im Gymnasium. Auch wenn wir den grossen Unterschieden in Schulkreisen entgegenwirken müssen, entsteht mit 40 Prozent Gymnasiasten nicht einfach eine grössere Bildungsgerechtigkeit. Wir müssen die Sekundarschule und das Berufsbildungssystem stärken und den jungen Menschen eine Perspektive auch ausserhalb des Gymnasiums aufzeigen.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie an allen Schulen der Stadt, die an eine Kantons- oder Berufsmaturitätsschule heranführen können, eine qualitativ hochwertige, freiwillige Prüfungsvorbereitung für Kantons- und Berufsmaturitätsschulen proaktiv angeboten werden kann, die heute bestehende ungleiche Chancen beim Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen beseitigt. Falls nötig, sollen die dafür notwendigen Ressourcen und Mittel gesprochen werden.

Das geänderte Postulat wird mit 101 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat